

Juncker: Mehr Frauen in die EU-Kommission

Brüssel (dpa) – Der designierte EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hat die 28 Mitgliedstaaten aufgerufen, Frauen für die Top-Ebene der Brüsseler Behörde zu entsenden. Ein Kollegium mit nur zwei oder drei Kommissarinnen sei ungläubig, verlaute gestern aus EU-Kreisen. Hauptstädte, die Frauen entsendeten, könnten mit wichtigen Ressorts und Vize-Kommissionschef-Posten belohnt werden. Der konservative Luxemburger soll am 15. Juli vom Europaparlament in Straßburg gewählt werden. Nötig sind mindestens 376 der insgesamt 751 Stimmen. Er kann nach dem Votum die neue Kommission zusammenstellen. Informelle Gespräche über die Zusammensetzung der neuen Kommission, die von November an amtierend soll, laufen schon seit Monaten. Jedes Land hat das Recht, einen Kommissar zu entsenden. Deutschland hatte sich bereits darauf festgelegt, Günther Oettinger (CDU) in Brüssel zu belassen.

Tarnkappenjet bleibt am Boden

Washington (AFP) – Die US-Armee hat nach einem Brand an Bord eines Tarnkappen-Kampfflugzeugs vom Typ F-35 sämtliche Flüge des Maschinentyps gestoppt. Marine und Luftwaffe wiesen ein vorläufiges Flugverbot an, um die Triebwerke des Kampfflugzeugs abzuwischen. Noch ist unklar, warum das Feuer in der vergangenen Woche an Bord einer F-35 auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Eglin ausbrach. Der Triebwerkshersteller Pratt & Whitney kündigte an, bei der Fehlersuche eng mit dem US-Militär zusammenzuarbeiten. Das Pentagon teilte mit, es seien zusätzliche Inspektionen angeordnet worden. Die Mehrzweckkampfflugzeuge, die wegen ihrer speziellen Konstruktion auf Radarschirmen nicht zu erkennen sind, gelten als das höchstentwickelte Tarnkappenflugzeug. Die geplante Anschaffung von insgesamt 2443 Kampfflugzeugen ist mit insgesamt 400 Milliarden Dollar (293 Milliarden Euro) das teuerste Rüstungsprojekt in der Geschichte des Pentagons. Jeder Jet kostet 160 Millionen US-Dollar.

Böser Verdacht am „Independence Day“

31-jähriger BND-Mann festgenommen: Ein deutscher US-Spion, der aus dem NSA-Ausschuss berichtete?

Von Christiane Jacke und Christoph Sator

Berlin – Die US-Botschaft in Berlin hatte gestern zum großen Fest eingeladen: 4. Juli, der „Independence Day“, US-Nationalfeiertag. Aber zumindest aufseiten der deutschen Gäste war die Stimmung getrübt. Nach der leidvollen Erfahrung, dass die Amerikaner auch hierzulande mit Eifer Daten abgreifen und sogar das Handy von Angela Merkel belauscht haben, gibt es nun den nächsten Schock.

Die US-Geheimdienste sollen über mindestens zwei Jahre hinweg einen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) eingespant haben, um an Informationen zu kommen. Besonders schlimm: Der 31-

Jährige soll auch Details aus dem NSA-Untersuchungsausschuss geliefert haben – das Gremium, das sich um die Aufklärung der Affäre um die National Security Agency (NSA) kümmert. Der erste vage Hinweis kam am Donnerstag eher unauffällig daher: Die Bundesanwaltschaft gab in Karlsruhe eine knappe Mitteilung heraus, dass sie Haftbefehl gegen einen 31-jährigen Bundesbürger erwirkt habe. Dem Mann werde vorgeworfen, „für ausländische Nachrichtendienste tätig gewesen zu sein“. Kein Wort aber zu Details.

Kurz darauf erreichte der Fall den NSA-Ausschuss. Die Abgeordneten rackerten sich am Donnerstagabend gerade durch eine mehr als elfstündige Befragung von zwei Ex-NSA-Mitarbeitern, als die Obleute

überraschend zu einer Sonder-sitzung des Geheimdienst-Kontrollgremiums gerufen wurden. Der Zusammenhang zum Spionagefall stellte sich aber erst später heraus.

Gestern Morgen dann sickern plötzlich Informationen aus der geheimen Sitzung durch. Und die haben es in sich: Angeblich war der BND-Mann spätestens seit 2012 in US-Mission aktiv und stahl für die Amerikaner insgesamt 218 Geheimpapiere des deutschen Auslandsnachrichtendienstes. Bei drei konspirativen Treffen mit US-Geheimdienstlern in Österreich soll er insgesamt 25000 Euro kassiert haben.

Nach bisherigen Erkenntnissen kam der Hinweis auf den Mann vom Verfassungsschutz, der für die Spionageabwehr zuständig ist. Der BND stieß

demnach wohl nicht selbst auf den Maulwurf. Aber viele Fragen sind offen: Auf welcher Ebene arbeitete der ominöse Mann beim BND? Welchen Zugang zu Informationen hatte er? Und hatte er nur Kontakt zu US-Geheimdiensten – oder auch zu russischen, wie es von verschiedenen Seiten heißt?

Eine offizielle Stellungnahme gibt es nicht. Die Bundesanwaltschaft schwieg. Ebenso BND und Verfassungsschutz. Aus dem Weißen Haus ließ es ebenfalls: „No Comment.“

Im NSA-Ausschuss sorgt die Nachricht für Unruhe. Linke und Grüne äußern sich besorgt. Von einem schwerwiegenden Verdacht ist die Rede, von einem der größten Geheimdienstskandale Deutschlands gar, falls sich der Verdacht bewahrheiten sollte.

Der neue Vorwurf kommt zu einem ungünstigen Moment. Nach der Aufregung um die NSA waren Deutsche und Amerikaner gerade darum bemüht, Vertrauen wiederaufzubauen. Zwar hat man in Berlin die Hoffnung auf ein No-Spy-Abkommen aufgegeben, das das gegenseitige Ausspionieren verhindern sollte. Auch mit einer Entschuldigung aus Washington rechnet niemand – Merkel schon gar nicht. Aber zwischendurch setzte sich bei den meisten die Erkenntnis durch, dass die transatlantische Partnerschaft ein höheres Gut ist als all die Aufregung um die NSA. Falls sich nun jedoch bestätigen sollte, dass die US-Geheimdienste tatsächlich einen deutschen „Doppelagenten“ im Einsatz hatten, wäre alles Vertrauen wieder dahin.



Russische Journalisten zu Gast beim BT

Russische Journalisten, die im Rahmen des Gesprächsforums Petersburger Dialog nach Baden-Baden gekommen sind, haben gestern das Badische Tagblatt besucht. Die Journalisten aus der Region Krasnodar, zu der auch Baden-Baden Partnerstadt Sotschi gehört, wurden vom stellvertretenden Chefredakteur des BT, Albert Noll, vom Leiter der Lokalredaktion Baden-Baden, Patrick Fritsch, und von Nachrichtenredakteur Dieter Klink begrüßt. Die BT-Journalisten informierten ihre Kollegen über Verlag und Zeitung. Daraus ergab sich ein Gespräch über die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen für Journalisten. Die Publizisten aus der Region Krasnodar stellten Fragen zur Pressefreiheit in

Deutschland, auch vor dem Hintergrund, dass die Presse in Russland nicht frei von staatlicher Einflussnahme ist. Auch wollten sie wissen, wie sich die Einnahmen der Zeitung zusammensetzen und wie das BT in die Haushalte kommt. Zudem fragten die russischen Journalisten, ob es schwer ist, journalistischen Nachwuchs zu finden und wie es um das Verhältnis Frauen-Männer in der Redaktion bestellt ist. Dazu sagte ein russischer Gast: „Bei uns in der Redaktion arbeiten fast nur Frauen. Der einzige Mann, der bei uns arbeitet, ist der Fahrer.“ Der Besuch beim BT war für die Journalistengruppe der Abschluss ihres Besuchs in Baden-Baden. Foto: Ebersbach / Text: kli

Bundestag befasst sich mit Pflegereform

Mammutprojekt der großen Koalition

Berlin (AFP) – Die Pflegereform ist eines der Mammutprojekte der Koalition. Gestern hat der Bundestag erstmals über das Vorhaben beraten.

● Was ändert sich?

Zum 1. Januar 2015 steigt der Beitragssatz zur Pflegeversicherung von 2,05 Prozent (Kinderlose 2,3 Prozent) auf 2,35 (2,6) Prozent. Das spült jährlich rund 3,6 Milliarden Euro mehr in die Pflegekassen. 2,4 Milliarden sind eingeplant für bessere Leistungen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige. 1,2 Milliarden fließen in einen Vorsorgefonds.

● Was verbessert sich für die Pflegebedürftigen?

Die Pflegesätze für die 2,5 Millionen Pflegebedürftigen werden im Januar erhöht. Das Pflegegeld in der Stufe I steigt von 235 auf 244 Euro, in der Stufe II von 440 auf 458 Euro und in der Stufe III von 700 auf 728 Euro. Liegt zusätzlich Demenz vor, werden bis zu gut 100 Euro mehr gezahlt. Zugleich sollen Kurzzeit-, Tages- oder Nachtpflege erleichtert werden, pflegende Angehörige sollen stärker durch ambulante Dienste entlastet werden.

● Welche Erleichterungen für betroffene Familien gibt es?

Die zehntägige Familienpflegezeit, die es schon heute gibt, wird künftig mit einer Lohnfortzahlung verbunden – etwa vergleichbar dem Kinderkrankengeld. Wenn Angehörige kurzfristig die Pflege eines Familienmitglieds organisieren müssen, erhalten sie für eine begrenzte Zeit 70 Prozent des beitragspflichtigen Bruttolohns.

● Wird der Pflege-Beitrag weiter steigen?

In einer zweiten Stufe der Pflegereform wird der Beitragssatz um weitere 0,2 Prozentpunkte erhöht.

● Welche Verbesserungen für Demenzzranke gibt es?

Bis 2017 sollen die heute drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade ersetzt werden, die dann eine stärkere Berücksichtigung psychischer Defizite erlauben. Ein neues Begutachtungsverfahren, das derzeit gerade erprobt wird, soll Einschränkungen im Alltag genauso berücksichtigen wie körperliche. Die Reform des sogenannten Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist aber kein Bestandteil des aktuellen Gesetzes.

Startschuss für ein unabhängiges Kurdistan

Die irakischen Kurden wollen ein Referendum über einen eigenen Staat – doch es gibt deutlich mehr Fragen als Antworten

Von Mey Dudin

Erbil – Der Startschuss für die langersehnte Gründung eines kurdischen Staats fiel sehr leise. Hinter verschlossenen Türen bat der Präsident der kurdischen Autonomieregion, Massud Barsani, das Parlament in Erbil, die Weichen für ein Referendum zur Abspaltung vom Irak zu stellen. Abgeordnete sprachen von einem historischen Tag. Doch von Euphorie ist auch gestern, am Tag danach, nichts zu spüren. Keine jubelnden Menschen auf den Straßen, nur vereinzelt Autos, aus denen Kurdistanfähnchen gehalten werden.

Viele Kurden sind skeptisch, ob das funktionieren kann: Wo verläuft die Grenze? Wie wirkt sich das auf die Wirtschaft aus? Und vor allem: Welche

Zugeständnisse werden gemacht?

Die Abstimmung soll bald kommen. Hätte sie Erfolg, entstünde wohl ein kurdischer Staat mit einer Fläche größer als Bayern, mit rund fünf Millionen Einwohnern und Grenzen zu Syrien, der Türkei, dem Iran und dem Irak. Nachdem irakische Soldaten vor den anrückenden terroristischen Isis-Milizen geflüchtet waren, hatte die kurdische Peschmerga-Armee die Kontrolle großer Landstriche übernommen – auch über die wichtige Ölstadt Kirkuk, die für Bagdad von zentraler Bedeutung ist. Über Nacht haben sich so die Größe und die Bevölkerung des irakischen Kurdistans verdoppelt.

„Die neuen Gebiete und ihre Bewohner müssen in die Infrastruktur eingebunden und versorgt werden“, gibt der politische Analytiker Hiwa Osman

zu bedenken. Wie kompliziert und gefährlich das ist, zeigt sich am Öl. Die Kurden können sich nicht einfach am Rohöl Kirkuks bedienen, denn die Stadt untersteht nach geltendem Recht immer noch der Zentralregierung unter Ministerpräsident Nuri al-Maliki. Außerdem liegen die wichtigen Raffinerien auf irakischem Gebiet.

Der Produktionsstopp in der Baidashi-Raffinerie wegen heftiger Kämpfe hat schon jetzt zu einer Benzinkrise geführt. Viele Tankstellen in den kurdischen Gebieten haben geschlossen. Die anderen verkaufen teures, importiertes Benzin. Kostete der subventionierte Liter Benzin vor einem Monat noch umgerechnet 32 Cent, müssen die Autofahrer nun fast 80 Cent aufbringen. „Es ist absurd“, sagt Taxifahrer Kamal. „Hier muss man nur ein Loch



Die kurdische Aktivistin Nilüfer Koc. Foto: dpa

graben und schon sprudelt Öl heraus. Und trotzdem haben wir kaum Benzin.“ Er reißt

sich nachts vor einer Tankstelle ein, um tagsüber arbeiten zu können.

Der britisch-türkische Konzern Genel Energy gab derweil bekannt, dass die Rohölförderung weiterhin gesichert sei. Im Juni wurden nach Angaben des größten Produzenten in den kurdischen Gebieten täglich 229000 Barrel gefördert. Aus den Ölfeldern in der bisherigen Region Kurdistan – also ohne die umstrittenen Gebiete – könnten nach Angaben von Experten täglich 500000 Barrel exportiert werden. Würde Kirkuk bei Kurdistan bleiben, zusätzlichen Öleinnahmen einen wirtschaftlich überlebensfähigen Staat.

Die in den Nachbarländern Türkei, Syrien und Iran lebenden Kurden sehen die nordirakischen Pläne mit gemischten Gefühlen. „Die kurdische Fra-

ge muss man als Ganzes sehen“, sagt die Ko-Vorsitzende des Kurdischen Nationalkongresses, Nilüfer Koc. Der Organisation gehören neben der in der Türkei verbotenen PKK mehr als 50 Parteien und Organisationen an. Koc setzt sich für einen politischen Konsens unter den Kurden ein.

Sie hofft, dass den Kurden die Übernahme Kirkuks nicht teuer zu stehen kommt, und befürchtet, dass die Kurden in Syrien „geopfert“ werden könnten. In dem Bürgerkriegsland hat die mit der PKK verbündete PYD-Miliz die Kontrolle in Gebieten übernommen, in denen etwa zwei Millionen Kurden leben – sehr zum Missfallen der Türkei. Dennoch schaut Koc vorsichtig optimistisch in die Zukunft. „Wir können der Schlüssel zur Demokratie in der Region werden“, sagt sie.